



Pfäffikon, 24. Mai 2020

«Finanzen 2020» kann geschürte Erwartungen nicht erfüllen

Die SP-Fraktion nimmt den Bericht «Finanzen 2020» ablehnend zur Kenntnis, weil die Regierung die einseitige Politik zulasten der tiefen und mittleren Einkommen fortführen will. Das Polizeigesetz stösst mit dem vorgesehenen Benutzungs- und Verbandsverbot auf breite Zustimmung und der Stichtag für die Einschulung soll mit der Möglichkeit zu mehr Flexibilisierung auf dem 31. Juli belassen werden.

Im Bericht «Finanzen 2020» werden einige Aspekte der Finanz- und Steuerpolitik punktuell sehr gut beleuchtet, doch leider fehlen auch essenzielle Analysen, beispielweise zur Korrektur der Abbaumassnahmen der vergangenen Jahre, zur Entwicklung der frei verfügbaren Einkommen oder Kantonsvergleiche zu Themen wie Wohnkosten oder Nachhaltigkeit im Kanton Schwyz. «Mit dem Bericht 'Finanzen 2020' haben wir eine Werkzeugkiste zur Verfügung, in der einige gute Werkzeuge enthalten sind. Nur müssen sie jetzt richtig eingesetzt werden», hält Kantonsrat Leo Camenzind (Ingenbohl), Mitglied der Staatswirtschaftskommission, fest.

Mehr Instrumente gegen häusliche Gewalt und Stalking

Die SP begrüsst es, dass bei häuslicher Gewalt und Stalkingvergehen künftig schneller und zielgerichteter Massnahmen durch die Polizei ergriffen werden können. Kritisch sieht sie hingegen die Ausweitung der flächendeckenden Observation und Überwachung (z.B. mithilfe von Bodycams). Kantonsrat Thomas Büeler (Lachen) kommentiert: «Indem der Kantonspolizei mehr Kompetenzen und Rechte eingeräumt werden, steigt auch deren Verantwortung. Wir erwarten deshalb, dass dem Verhältnismässigkeits- und Subsidiaritätsprinzip genügend Rechnung getragen wird.»

Echte Flexibilität ermöglichen

Der Handlungsbedarf beim Einschulungsalter wird von der SP anerkannt. Die Rückmeldungen von betroffenen Eltern und Lehrpersonen haben gezeigt, dass bei einigen Schulen die Rückstellungen aktuell zu wenig flexibel gehandhabt werden. Die SP-Fraktion wird daher den Antrag stellen, dass der jetzige Stichtag beibehalten wird und gleichzeitig die Flexibilität für alle Beteiligten erhöht wird. So meint Kantonsrat Alex Keller (Küssnacht) von der Bildungs- und Kulturkommission: «Mit unserer Variante wird den Erziehungsberechtigten auf unbürokratische Art und Weise mehr Flexibilität für die Einschulung eingeräumt und gleichzeitig die Erkenntnisse der aktuellen Bildungsforschung sowie die Passung auf andere Kantone berücksichtigt.»